



## FORDERUNGSPAPIER AN DIE POLITIK

# **Aktionsbündnis Patientensicherheit und Deutscher Rat für Wiederbelebung fordern politische Weichenstellung zur Stärkung der Wiederbelebungskompetenz**

**Berlin, 30. Januar 2025 – Plötzlicher Herz-Kreislaufstillstand muss nicht immer das Ende sein. Es sei denn, Politik und Gesellschaft verweigern sich weiterhin der Erkenntnis, dass jährlich allein in Deutschland bis zu 10.000 Menschen durch sofortige Wiederbelebungsmaßnahmen vor dem plötzlichen Herztod bewahrt werden können.**

Schon längst ist die Laienreanimation Standard in der zivilisierten Welt. Unsere europäischen Nachbarn haben das frühzeitig erkannt und umgesetzt. Wer in Dänemark oder in den Niederlanden einen plötzlichen Herz-Kreislaufstillstand erleidet, hat große Chancen, nicht plötzlich aus dem Leben gerissen zu werden. In Deutschland hingegen sind die Chancen von jeher eher gering.

Warum das so ist? Ganz einfach. In vielen Ländern werden bereits Schulkinder regelmäßig in Wiederbelebung und Erster Hilfe ausgebildet. Denn heftige Herzdruckmassage, bis professionelle Hilfe kommt, ist im Prinzip kinderleicht. Man muss es nur machen und üben! Wäre ein Erste-Hilfe-Kurs nicht Voraussetzung zum Erwerb des Führerscheins, dann wäre die Quote an Ersthelfern bei uns noch geringer. Regelmäßige Auffrischungen sind nicht verpflichtend, während jeder Feuerlöscher regelmäßig überprüft werden muss.

Nicht einmal für die Bewerbung für einen Medizinstudienplatz oder ein Pädagogikstudium sind Erste-Hilfe-Kenntnisse erforderlich.

## **Niemand in der Politik fühlt sich zuständig oder gar verantwortlich für 10.000 Menschen, die jährlich unnötig sterben müssen!**

Neben den damit verbundenen menschlichen und familiären Dramen, welche eine diesbezüglich verfehlte Politik allein zu verantworten hat, muss auch ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden bedacht werden. Oft erleiden Menschen in bestem Lebensalter einen plötzlichen Herz-Kreislaufstillstand. Das bedeutet den jährlichen Verlust an sozialen und beruflichen Kompetenzen im Ausmaß einer großen Mittelstadt. Nach einer Legislatur beläuft sich dieser vermeidbare Verlust an Menschenleben in Höhe der Einwohnerzahl einer ganzen Kreisstadt.

Wollen wir diesen unerhörten Zustand für weitere vier Jahre akzeptieren?

Es nützt nichts, wenn sich Politiker:innen auf Landes- und Bundesebene mit dem Thema Wiederbelebung schmücken, solange es nicht über Selfie- oder Talkshow-Niveau hinausgeht. Die eigentliche politische Umsetzung bleibt seit vielen Jahren aus.

## **Nicht einmal eine Petition mit 85.000 Unterschriften konnte diesen verantwortungslosen Stillstand in Sachen Wiederbelebung bisher beenden.**

Deshalb fordern wir unmittelbar vor der vorgezogenen Bundestagswahl einen Systemwechsel, mit folgenden Kernforderungen:

1. Das Erlernen von Wiederbelebungsmaßnahmen muss bundesweit ab dem Schuljahr 2025/2026 in allen weiterführenden Schulen Deutschlands verpflichtender Unterrichtsinhalt sein.
2. Kenntnisse in der Laienwiederbelebung müssen regelmäßig aufgefrischt werden, z.B. im Rahmen der innerbetrieblichen Gesundheitsförderung.
3. Gesundheits- und Schulpolitik müssen auf Länder- und auf Bundesebene gemeinsam an diesem überlebenswichtigen Projekt arbeiten, sich austauschen, ergänzen und regelmäßig Rechenschaft ablegen.
4. Der [Nationale Aktionsplan Wiederbelebung](#) darf nicht in den Schubladen verstauben, wie dies mit den Pandemieplänen geschehen war.

Bisher vermissen wir, wie bereits in der Vergangenheit, auch in den aktuellen Wahlprogrammen ein gesteigertes politisches Interesse am Thema Wiederbelebung. Damit werden weiterhin **10.000 vermeidbare tödliche Herz-Kreislaufstillstände** jedes

Jahr in Deutschland billigend in Kauf genommen. Dabei kann das jede und jeden von uns tagtäglich betreffen. Da im Gegensatz zu anderen medizinischen Problemen die Lösung bekannt und relativ aufwandsarm umzusetzen ist, wiegen weitere Versäumnisse umso schwerer.

Wer einen akuten Herz-Kreislaufstillstand erleidet, hat keine andere Wahl als auf schnellstmögliche Reanimationsmaßnahmen vertrauen zu dürfen. Deshalb ist es erste Bürgerpflicht, sich selbst in der Laienreanimation ausbilden zu lassen.

Die Politik braucht nur die nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen dazu zu schaffen. Und ist bisher daran grandios gescheitert.

**Daran müssen Parteien und ihre Wahlprogramme spätestens am 23.2.2025 gemessen werden.**

**Bitte bedenken Sie:** es geht bei der anstehenden Wahl weniger um so manche Wiederwahl! Es geht diesmal darum, **10.000 Menschenleben** jedes Jahr zusätzlich zu retten. Es könnte Ihr eigenes oder das eines nahestehenden Menschen sein.

Univ.-Prof. Dr. B.W. Böttiger, Deutscher Rat für Wiederbelebung

Dr. C. Deindl, Aktionsbündnis Patientensicherheit

**Über das Aktionsbündnis Patientensicherheit e. V. (APS):** Vertreter:innen der Gesundheitsberufe, ihrer Verbände, der Patientenorganisationen sowie aus Industrie und Wirtschaft haben sich im Aktionsbündnis Patientensicherheit e. V. (APS) zusammengeschlossen, um eine gemeinsame Plattform zur Verbesserung der Patientensicherheit in Deutschland aufzubauen. Zusammen entscheiden und tragen sie die Projekte und Initiativen des Vereins. Das APS wurde im April 2005 als gemeinnütziger Verein gegründet. Es setzt sich für eine sichere Gesundheitsversorgung ein und widmet sich der Erforschung, Entwicklung und Verbreitung dazu geeigneter Methoden. Patienteninformationen und Handlungsempfehlungen entstehen beim Aktionsbündnis Patientensicherheit durch Erarbeitung in ehrenamtlich tätigen Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Patientensicherheitsthemen, aus der Praxis für die Praxis, und bilden das Herzstück der Arbeit. Die Kampagne #DeutschlandErkenntSepsis hat das Aktionsbündnis Patientensicherheit initiiert und betreibt sie in Kooperation mit seinen Partnern. Informationen finden Sie unter [www.aps-ev.de](http://www.aps-ev.de).

Aktionsbündnis Patientensicherheit e. V.  
Alte Jakobstraße 81  
10179 Berlin

Tel. +49 (0)30 36 42 81 6-0

[info@aps-ev.de](mailto:info@aps-ev.de)

[www.aps-ev.de](http://www.aps-ev.de)